

Kann Bitcoin die Griechen vor dem Euro retten?

Ein Kommentar von Aaron Koenig, Autor des Buches „Bitcoin – Geld ohne Staat“

Angesichts des näher kommenden Staatsbankrotts in Griechenland wird die Möglichkeit diskutiert, dass Griechenland aus dem Euro aussteigt und stattdessen den Bitcoin als offizielle Währung einführt. Selbst Griechenlands Finanzminister Yanis Varoufakis hat zu diesem Thema Stellung bezogen. Obwohl Bitcoin dem Euro meiner Ansicht nach weit überlegen ist, halte ich dies dennoch für keine gute Idee. Bitcoin eignet sich nicht dafür, die Probleme des griechischen Staates zu lösen. Der Staatsapparat ist aufgebläht und ineffizient, er gibt weitaus mehr Geld aus, als er einnimmt. Ohne das staatliche Geldmonopol wäre es nie so weit gekommen.

Seit der Aufhebung der Golddeckung des Dollars im Jahr 1971 können die staatlichen Zentralbanken aus dem Nichts neues Geld schaffen. Dadurch ist es für Politiker sehr viel einfacher geworden, Geld auszugeben, das sie nicht haben. Die versteckte Steuer der Inflation, die die Einkommen und Ersparnisse der Bürger schleichend entwertet, ist bei Politikern beliebt, da sie weniger auffällt als direkte Steuererhöhungen. Auch die Verschuldung ist im Zeitalter des beliebig vermehrbaren Geldes sehr viel einfacher geworden. Seit Ende der Golddeckung sind die Schuldenberge fast aller Staaten in bisher ungekannte Höhen gestiegen. Griechenland ist da keine Ausnahme.

Doch irgendwann muss ein solches auf Schulden gebautes Kartenhaus in sich zusammenbrechen. Mit dem Einstieg in den Euro hat der griechische Staat seiner Zentralbank die Möglichkeit genommen, unbegrenzt viele Drachmen zu drucken. Damit würde er den Staatsbankrott zwar auch nicht verhindern können, aber immerhin hinauszögern. Viele Euro-Kritiker meinen, dass jeder Staat seine eigene Geldpolitik machen und seine eigene Wirtschaft fördern soll, in dem er zum Beispiel die Währung abwertet, um so heimischen Firmen einen Exportvorteil zu verschaffen. Das verteuert allerdings Importe und geht so zu Lasten der eigenen Bürger.

Mit Bitcoin ist hingegen überhaupt keine staatliche Geldpolitik mehr möglich. Bitcoin steht für die klare Trennung von Geld und Staat, für das Ende des staatlichen Geldmonopols. Mit Bitcoin als Währung kann der Staat nicht mehr die Exportindustrie fördern und die Ersparnisse seiner Bürger nicht mehr schleichend abwerten. Die absolute Menge an Bitcoins ist auf 21 Millionen begrenzt. Das Geldmengenwachstum ist durch die Bitcoin-Software streng reglementiert, keine Zentralbank und kein Staat kann das manipulieren.

Yanis Varoufakis hat aus seiner Sicht Recht, wenn er dem Bitcoin vorwirft, auf Dauer im Wert zu steigen, was zu fallenden Verbraucherpreisen führt (wenn man sie in Bitcoin ausdrückt). War ein Bitcoin im Dezember 2011 für rund zwei Euro zu haben, muss man jetzt über 200 Euro dafür bezahlen. Wer seinerzeit in Bitcoins investiert hat, kann also heute ein Vielfaches für sein Geld kaufen. Varoufakis verwendet für einen solchen Preisverfall fälschlich den Begriff „Deflation“, der ursprünglich als Schrumpfen der Geldmenge definiert ist. Die Menge an Bitcoins wächst jedoch stetig, wenn auch nach klar definierten Regeln. Ein willkürliches Aufblähen der Geldmenge, wie sie zurzeit von der Europäischen Zentralbank praktiziert wird, um „die Deflation zu bekämpfen“, ist mit dem Bitcoin nicht zu machen.

Das Schreckgespenst der so genannten „Deflation“ (oder korrekt ausgedrückt: Preisverfall) wird jedoch nur von staatsgläubigen Politikern und Ökonomen an die Wand gemalt. Die Behauptung, dass in einer Welt fallender Preise niemand mehr etwas kaufen würde, ist längst als Lüge entlarvt: die Preise für Computer fallen seit Jahrzehnten, dennoch kaufen die Kunden unverdrossen neue Geräte, wenn sie welche brauchen.

Für den Staat ist nicht manipulierbares Geld wie Gold oder Bitcoin von Nachteil. Er könnte dann die Geldmenge nicht mehr künstlich aufblähen und so vom Wertverfall der Ersparnisse seiner Bürger profitieren. Auch Staatsschulden, die im Wert steigen, würden ihm höchst ungelegen kommen. Da müsste man ja den Staatsapparat beschneiden und Ausgaben senken! Eine im Wert steigende Währung ist also eine Horrorvision für Politiker - doch ein Segen für normale Bürger. Wer würde sich nicht darüber freuen, wenn die Kaufkraft seines Geldes nicht sinken, sondern steigen würde?

Dem griechischen Staat kann man also nicht empfehlen, auf Bitcoin umzusteigen. Er wird wohl einen Bankrott nicht mehr vermeiden können. Die vielen Milliarden an Steuergeldern, die entgegen der Bestimmungen des Maastricht-Vertrags an die Gläubigerbanken Griechenlands gingen, sind dann endgültig verloren. Dumm gelaufen für Angela Merkel & Co, die das „europäische Projekt“ um jeden Preis retten wollten.

Doch für den normalen Griechen kann es sehr wohl interessant sein, einen Teil seines Geldes in Bitcoins umzutauschen, um drohende Kapitalverkehrskontrollen zu umgehen. Zurzeit lassen sich viele Griechen ihre Bankguthaben in bar auszahlen und verstecken die Banknoten, was bereits zur Knappheit von Bargeld geführt hat. Solange ihre Bankkonten noch nicht eingefroren sind, können die Griechen stattdessen Bitcoins auf einer der zahlreichen Online-Börsen per Banküberweisung kaufen. Bitcoins haben den großen Vorteil, dass sie von keiner Macht der Welt gesperrt oder konfisziert werden können. Ihre Aufbewahrung ist viel sicherer als die von Bargeld, denn man kann von ihnen Sicherheitskopien machen und an verschiedenen Orten speichern. Auch das Überschreiten von Grenzen ist mit Bitcoins wesentlich einfacher als mit großen Mengen an Bargeld. Alles, was man sichern muss, selbst wenn man Millionenwerte bewegen will, ist ein digitaler Code, der auf einen USB-Stick oder gar ein Blatt Papier passt.

Als im März 2013 während der Bankenkrise auf Zypern die Konten der Bürger gesperrt und Sparguthaben über 100.000 Euro enteignet wurden, stiegen das Interesse am Bitcoin und damit der Kurs sprunghaft an. Es ist damit zu rechnen, dass eine ähnliche Entwicklung im Falle eines griechischen Staatsbankrotts eintreten wird. Es ist daher sinnvoll, zum jetzt noch günstigen Bitcoin-Kurs einzusteigen – nicht nur für Griechen. Der Bitcoin ist ein wirkungsvolles Gegenmittel gegen staatliche Finanztyrannie. Er nimmt dem Staat die Möglichkeit, das Eigentum der Bürger zu beschlagnahmen oder durch Inflation im Wert zu mindern. Insofern kann er nicht nur die Griechen, sondern uns alle vor der politischen Fehlkonstruktion des Euro und seinen schädlichen Folgen retten.

Das Buch „Bitcoin – Geld ohne Staat“ ist im Mai 2015 beim Finanzbuchverlag München erschienen. Es betrachtet Bitcoin aus Sicht der Wiener Schule der Volkswirtschaft.

Kontakt:

Finanzbuch Verlag

Franz Netter

Münchner Verlagsgruppe GmbH

Nymphenburger Straße 86

80636 München

fnetter@m-vg.de

Tel.: (089) 65 12 85-270

Fax: (089) 65 20 96